Bayerischer Landtag

Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN

Kerstin Celina, MdL

Patrick Friedl, MdL

Paul Knoblach, MdL

Kerstin Celina, MdL Patrick Friedl, MdL Paul Knoblach, MdL

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Frau Staatsministerin Ulrike Scharf
Winzererstraße 9, 80797 München

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention
Frau Staatsministerin Judith Gerlach
Haidenauplatz 1, 81667 München

20. März 2025

Offener Brief: Sicherung der Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) in Würzburg, Ochsenfurt und Kitzingen

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Frau Kollegin Scharf,
sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Frau Kollegin Gerlach,

als unterfränkische Landtagsabgeordnete sind wir in großer Sorge um den Fortbestand der drei Beratungsstellen des Sozialpsychiatrischen Dienstes in Würzburg, Ochsenfurt und Kitzingen, die derzeit noch vom BRK Würzburg betrieben werden. Das BRK hat angekündigt, seine drei Beratungsstellen zum Jahresende zu schließen, weil die vom Bezirk genehmigten Zuschüsse in Höhe von knapp über 670.000 Euro nicht (mehr) ausreichen, um den Dienst anbieten zu können.

Wir möchten als GRÜNE Landtagsabgeordnete zunächst unsere Anerkennung für die wichtige Arbeit aller Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) in Bayern zum Ausdruck bringen. Diese Einrichtungen leisten einen unschätzbaren Beitrag zur psychosozialen Versorgung und Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen - oft still und im Hintergrund, aber mit tiefgreifender Wirkung für Betroffene und ihre Angehörigen, wie uns immer wieder im persönlichen Austausch bestätigt wird und wie auch in den Medien berichtet wird.

Kerstin Celina, MdL
Maximilianeum
81627 München
Telefon 089 / 4126-2359
E-Mail: kerstin.celina@gruene-fraktion-bayern.de

Regionalbüro
Textorstraße 14
97070 Würzburg
Telefon 0931 / 404 707 90

Patrick Friedl, MdL
Maximilianeum
81627 München
Telefon 089 / 4126-2451
E-Mail: patrick.friedl@gruene-fraktion-bayern.de

Regionalbüro
Textorstraße 14
97070 Würzburg
Telefon 0931 / 404 707 92

Paul Knoblach, MdL
Maximilianeum
81627 München
Telefon 089 / 4126-2642
E-Mail: paul.knoblach@gruene-fraktion-bayern.de

Regionalbüro
Markt 4
97421 Schweinfurt
Telefon 09721 / 370 8068

Die SpDi sind für viele Menschen eine erste und niedrigschwellige Anlaufstelle in schwierigen Lebenssituationen und ebenso nach klinischen Aufenthalten, zur Nachsorge und Stabilisierung im Alltag. Sie ermöglichen durch Beratung, Krisenintervention und koordinierte Hilfsangebote eine Stabilisierung, die oft Klinikaufenthalte verhindern kann. Besonders hervorzuheben ist dabei die enge Vernetzung mit anderen psychosozialen Diensten, Hausärzten, Kliniken und Betreuungsstellen, wodurch ein breitgefächerter Zugang in die einzelnen Bereiche der sozialpsychiatrischen Versorgung sichergestellt wird.

Sozialpsychiatrische Dienste sind ein wichtiges Angebot der Bezirke im Rahmen der sozialpsychiatrischen Grundversorgung der Bevölkerung. Dies zeigt sich schon daran, dass in den Richtlinien der Bezirke, nach denen die Finanzierung für diese Leistung geregelt wird, die SpDi als „notwendiger Teil der Versorgung psychisch kranker Menschen“ bezeichnet werden. Ziel der Förderung sei es „durch eine möglichst umfassende Beratung und Betreuung […] eine Ausgliederung psychisch Kranker und Behinderter aus der Gesellschaft [zu] verhindern und die Wiedereingliederung [zu] unterstützen“.

Gerade in Zeiten zunehmender psychischer Belastungen - sei es durch gesellschaftliche Veränderungen, wirtschaftliche Unsicherheiten oder persönliche Krisen - zeigt sich, wie essenziell diese Dienste für die Menschen in Bayern sind. Die Mitarbeitenden der SpDi begegnen den Hilfesuchenden mit Empathie sowie Fachwissen und zeigen ihnen und ihren mit-leidenden Angehörigen Wege aus der Krise.

Wir erkennen an, dass Bayern und die bayerischen Bezirke viel investieren in die Angebote zur Versorgung von Menschen, die sich in psychischer und seelischer Not befinden. Auch in den Aufbau des Krisennetzwerks ist in den letzten Jahren viel investiert worden, und das ist gut so. Auch die Main-Post hat sich stellvertretend für die Menschen in der Region kürzlich in einem „Samstagsbrief“ dankbar geäußert, dass es Hilfe wie den Krisendienst gibt:
https://www.mainpost.de/regional/main-spessart/samstagsbrief-ihre-krisenhilfe-ist-fuer-die-menschen-in-unterfranken-ein-licht-in-dunklen-zeiten-herr-dr-kilian-art-11658183

Der weitere Auf- und Ausbau einzelner weiterer Bereiche bei der ambulanten sozialpsychiatrischen Versorgung für belastete und kranke Menschen ist eine wichtige Ergänzung des Angebots im Rahmen einer wirksamen und effizienten sozialpsychiatrischen Grundversorgung. Wir brauchen - wie gesagt

- ein breit gefächertes und gestärktes niederschwelliges Angebot, damit sowohl die leider besonders nach der Pandemie weiter steigende Zahl an Menschen mit psychischen Belastungen bzw. Erkrankungen als auch ihre Angehörigen erreicht werden können. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um belastete Menschen in ihren schwierigen Lebenssituationen zu begleiten und so Schlimmeres (bis zu sich verfestigenden Krankheitsverläufen oder gar Suizidgefährdungen) zu vermeiden oder notfalls Hilfestellungen zeitnah bieten zu können. Die SpDi sind ein wichtiger, notwendiger und oft unersetzlicher Anker im Leben vieler Menschen. Sie sorgen für frühzeitige Hilfe und damit auch für langfristige Kostenersparnis und Prävention.

Der Bezirk Unterfranken kann die SpDi nur im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel finanzieren. Wenn der Bezirk aber nicht in der Lage ist, auf steigende Kosten der Träger mit einer Erhöhung der Refinanzierung zu reagieren, kann das bedeuten, wie im Fall des BRK hier in der Region, dass ein solch wichtiges und notwendiges Angebot wahrscheinlich komplett eingestellt und eine funktionierende Struktur zerschlagen werden wird. Wir sind überzeugt: Das kann nicht in Ihrem Sinne der Staatsregierung und Ihnen als Ministerinnen der beiden zuständigen Ministerien sein!

Wir GRÜNE sehen mehrere Lösungsmöglichkeiten, und bitten Sie, liebe Frau Staatsministerin Scharf, und Sie, liebe Frau Staatsministerin Gerlach, diese in Betracht zu ziehen:

Präferierte Lösung wäre aus unserer Sicht die Überführung der Dienste der Beratungsstellen der SpDi in die Kategorie der „Pflichtleistungen“ statt sie als „freiwillige“ Leistung in der Unsicherheit der Finanzierung der Bezirke über die Kreisumlage zu machen. Mit einer gesicherten (Voll-)Finanzierung durch den Freistaat Bayern würden solch dramatische Unsicherheiten bei der sozialpsychiatrischen Grundversorgung vermieden!

Möglich wäre alternativ eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und Landkreise und darüber auch der Bezirke, damit diese die immer größer werdenden Aufgaben im Bereich psychischer Gesundheit besser schultern können. Für die aktuellen Nachtragshaushaltsverhandlungen haben wir als GRÜNE Landtagsfraktion hier mit unserer Forderung nach „einer Milliarde Euro sofort für Bayerns Kommunen“, die Richtung mit einem konkreten Finanzierungsvorschlag vorgegeben. Auch setzt eine gesicherte Finanzierung eine „Pflichtaufgabe“ voraus.

Um jedoch eine zeitnahe und schnelle Lösung der aktuellen Problemsituation zu ermöglichen, bitten wir um ein direktes Gespräch mit den Betreibern der Sozialpsychiatrischen Dienste und Vertreter*innen der 67 Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen, die sich in einem offenen Brief an Landrätin Bischof und Landrat Eberth gewandt haben, um für den Erhalt der SpDi in Würzburg und Kitzingen einzutreten u.a. mit den Worten: *„Schon jetzt ist die Versorgung psychisch kranker Menschen im Landkreis Würzburg und Kitzingen äußerst angespannt: Fast alle niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten arbeiten an der Belastungsgrenze; freie Kapazitäten zur notwendigen Behandlung neuer Patientinnen und Patienten gibt es kaum.“*

Den Brief fügen wir diesem Schreiben bei und bitten um Berücksichtigung.
Wir freuen uns von Ihnen zeitnah zu hören.

Mit herzlichen Grüßen und in Erwartung einer positiven Antwort,
Ihre

Kerstin Celina, MdL Patrick Friedl, MdL Paul Knoblach, MdL